

Allianz Studie: Wirtschaftliche Stabilität im Euroraum verschlechtert

- **Deutschland am stabilsten, vor Niederlanden und Slowenien**
- **Österreich weiter im Mittelfeld, Schwachpunkt Staatsfinanzen**
- **Ausblick: Reformen notwendig**

Der Aufwärtstrend im Hinblick auf die wirtschaftliche Stabilität im Euroraum reißt ab: Nach drei Jahren stetiger Verbesserung weisen die Ergebnisse – getrieben durch die negative Entwicklung in fünf Ländern – auf eine leichte Verschlechterung hin. Dies geht aus dem aktuellen „Allianz Euro Monitor“ hervor, der eine Bewertung der Stabilität und Gesundheit der Euro-Volkswirtschaften anhand eines ausgewählten Indikatorensets* ermöglicht. Österreich verharrt im EWU-Vergleich weiterhin im Mittelfeld. „Im Hinblick auf wirtschaftliche Stabilität herrscht in Österreich Stillstand“, kommentiert Dr. Wolfram Littich, Vorstandsvorsitzender der Allianz Gruppe in Österreich, die Ergebnisse der aktuellen Allianz Studie.

Gesamtwertung: Deutschland weiterhin Spitzenreiter

Nachdem der Gesamtindikator drei Jahre in Folge teils kräftige Zuwächse verbuchen konnte, hat sich die wirtschaftliche Stabilität im Euroraum leicht verschlechtert: Im Durchschnitt aller untersuchten Länder fällt der Gesamtindikator, bei dem maximal 10,0 Punkte erreicht werden können, von 6,7 Punkten im vergangenen Jahr auf derzeit 6,5 Punkte, liegt damit allerdings immer noch auf dem zweithöchsten Stand seit 2008. „Der Rückgang der Gesamtbewertung für den Euroraum ist ein Warnsignal“, erklärt Dr. Michael Heise, Chefvolkswirt der Allianz SE.

Im EWU-Vergleich erzielt Spitzenreiter Deutschland (8,1 Punkte) als einziges Land eine Bewertung von über 8,0 Punkten, was als „ausgewogene Entwicklung“ anzusehen ist. Komplettiert werden die Top 3 von den Niederlanden mit 7,5 Punkten und Slowenien mit 7,2 Punkten. Deutliche Zuwächse konnten Staaten wie Zypern (+ 0,8 Punkte) oder Finnland (+ 0,7 Punkte) erzielen. Schlusslichter sind Italien und Frankreich mit 5,4 Punkten, die beide zu den Ländern gehören, die die größten Rückschritte beim Abbau von wirtschaftlichen Ungleichgewichten gemacht haben. Insgesamt konnten sich dreizehn Länder im Vergleich zu 2015 verbessern. Jedoch schlägt sich die deutlich geringere Bewertung von fünf Ländern (Malta, Irland, Litauen, Frankreich, Italien) stärker im aggregierten Gesamtindikator nieder. Kein Land der Eurozone befindet sich allerdings mehr im als kritisch definierten Bereich (1-4 Punkte).

Österreich: Weiterhin Mangel an wirtschaftlicher Stabilität

Als einziges Land in der Wertung erhält Österreich eine im Vergleich zum vorangegangenen Jahr unveränderte Punkteanzahl von 6,8, und liegt damit auf Platz 9. Die Position im Mittelfeld der Eurozone sei vor allem auf die relativ gute Ausgangslage zurückzuführen, basierend auf dem robusten Arbeitsmarkt, der längerfristigen Entwicklung der Lohnstückkosten, dem Leistungsbilanzüberschuss und der ausgeglichenen Nettoauslandsvermögensbilanz, so die Studie.

Vergleichsweise schwach schneidet Österreich in der Kategorie „Solidität der Staatsfinanzen“ ab. Zwar glänzt das Alpenland mit einer niedrigen Zinslast und einem gemäßigten Haushaltsdefizit (1,4 Prozent des BIP in 2016). Doch die Staatsschuldenquote liegt mit rund 84 Prozent der Wirtschaftsleistung immer noch rund 20 Prozentpunkte über dem Vorkrisenniveau. Darüber hinaus ist das strukturelle Defizit in 2016 um 0,9 Prozentpunkte angestiegen, sodass sich die Bewertung des Einzelindikators um 6,0 Punkte verschlechtert hat und mit lediglich 2,0 Punkten klar im kritischen Kreis notiert. Deutliche Zuwächse konnte Österreich in der Kategorie „Wettbewerbsfähigkeit“ verzeichnen, wo es im Vergleich zum vergangenen Jahr einen Punktezuwachs um 0,8 auf 7,0 Punkte schaffte. Verbesserungen sind insbesondere bei der Entwicklung der

Lohnstücknebenkosten und der Exportentwicklung relativ zum Wachstum des Welthandels in Rechnung zu stellen.

Auffällig ist die unterschiedliche Performance in den beiden Teilindikatoren „Niveauindikator“ und „Fortschrittsindikator“: Zwar weist Österreich im Hinblick auf bestehende Ungleichgewichte mit 7,1 Punkten nur geringe Mängel auf (Platz fünf in der Eurozone). Bei den Fortschritten hinsichtlich wirtschaftlicher Stabilität gehört es allerdings laut Studie mit einem 14. Platz – gemeinsam mit Belgien, Estland und Finnland – zu den schwächeren Ländern der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Ausblick: Nachlassende Reformbereitschaft wieder stärken

Die abnehmende Krisenstimmung, die expansive Geldpolitik der EZB als auch die gute konjunkturelle Entwicklung hätten zur Nachlässigkeit geführt, was die Umsetzung von Reformen im Euroraum angehe. Vor dem Hintergrund der aktuell noch immer vorhandenen politischen Unsicherheiten und Herausforderungen in Europa seien Anstrengungen zur Förderung eines stabilen Wachstums umso wichtiger. „Die Ergebnisse zeigen, dass Reformbemühungen wieder verstärkt werden müssen. Der Abbau von Ungleichgewichten ist ein langwieriger Prozess, der Disziplin verlangt. Aber es ist auch der einzige Weg, den Euroraum langfristig zu stärken“, so Heise abschließend.

Über den Allianz Euro Monitor

** Der Allianz Euro Monitor ist ein makroökonomisches Monitoring- und Frühwarnsystem zur Identifizierung bestehender und neu entstehender gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte. Der Schwerpunkt der Analyse liegt auf den Risiken, die von einem unausgewogenen Wachstum ausgehen. Der Euro Monitor bewertet die 19 Länder der Eurozone und stellt eine Rangliste auf. Die Platzierung hängt von dem Beitrag ab, den das jeweilige Land zu einem Wachstum ohne makroökonomische Ungleichgewichte und damit zur Stabilität des Euroraums insgesamt leistet. Die Publikation gibt einen umfassenden Überblick über die aktuelle Situation in allen Ländern der Euro-Zone. Die Rangliste setzt sich aus 20 Indikatoren in den vier Schlüsselkategorien „Solidität der Staatsfinanzen“, „Wettbewerbsfähigkeit“, „Beschäftigung und Produktivität“ und „Private Verschuldung und Auslandsverschuldung“ zusammen. Staaten bekommen in jedem der 20 einzelnen Indikatoren einen Wert zwischen 1 und 10 zugewiesen – je höher der Wert, desto besser die Performance.*

Wien, am 21. März 2017

Downloads im Internet unter <https://www.allianz.at/ueber-allianz/media-newsroom/>

- Foto: Dr. Wolfram Littich (© Allianz) – Abdruck honorarfrei
- Foto: Prof. Dr. Michael Heise (© Allianz) – Abdruck honorarfrei
- Pressemeldung als PDF
- Studie als PDF
- Österreich-Charts als PDF

Rückfragen bitte an:

Dr. Marita Roloff
Unternehmenskommunikation
Allianz Gruppe in Österreich
Hietzinger Kai 101-105
1130 Wien
Tel: +43 5 9009 80690
E-Mail: marita.roloff@allianz.at
Internet: www.allianz.at

Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Soweit wir in diesem Dokument Prognosen oder Erwartungen äußern oder die Zukunft betreffende Aussagen machen, können diese Aussagen mit bekannten und unbekanntem Risiken und Ungewissheiten verbunden sein. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können daher wesentlich von den geäußerten Erwartungen und Annahmen abweichen. Neben weiteren hier nicht aufgeführten Gründen können sich Abweichungen aus Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Wettbewerbssituation, vor allem in Allianz Kerngeschäftsfeldern und -märkten, aus Akquisitionen sowie der anschließenden Integration von Unternehmen und aus Restrukturierungsmaßnahmen ergeben. Abweichungen können außerdem aus dem Ausmaß oder der Häufigkeit von Versicherungsfällen (zum Beispiel durch Naturkatastrophen), der Entwicklung der Schadenskosten, Stornoraten, Sterblichkeits- und Krankheitsraten beziehungsweise -tendenzen und, insbesondere im Bankbereich, aus der Ausfallrate von Kreditnehmern resultieren. Auch die Entwicklungen der Finanzmärkte (z.B. Marktschwankungen oder Kreditausfälle) und der Wechselkurse sowie nationale und internationale Gesetzesänderungen, insbesondere hinsichtlich steuerlicher Regelungen, können entsprechenden Einfluss haben. Terroranschläge und deren Folgen können die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß von Abweichungen erhöhen. Die hier dargestellten Sachverhalte können auch durch Risiken und Unsicherheiten beeinflusst werden, die in den jeweiligen Meldungen der Allianz SE an die US Securities and Exchange Commission beschrieben werden. Die Gesellschaft übernimmt keine Verpflichtung, Zukunftsaussagen zu aktualisieren.